

## **PRESSE-INFORMATION**

### **Wegen Energiekrise: Zwei Drittel der Deutschen für Aussetzen der Schuldenbremse**

Hamburg, 12. August 2022. Im Zuge der anhaltenden Energiekrise spricht sich eine deutliche Mehrheit der Deutschen für eine Aussetzung der Schuldenbremse aus. Das zeigt eine aktuelle Umfrage des Markt- und Meinungsforschungsinstituts Ipsos. Fast zwei Drittel der Befragten (65%) bevorzugen demnach eine Aussetzung, um dem Staat die Aufnahme von Krediten zu ermöglichen, damit dieser Bevölkerung und Wirtschaft bei den steigenden Energiekosten stärker finanziell entlasten kann. Nur jeder dritte Bundesbürger (35%) befürwortet ein Festhalten an der Schuldenbremse.

Diese ist eigentlich im Grundgesetz verankert und verbietet es der Bundesregierung weitgehend, den Staat zu verschulden. In Krisenzeiten darf sie jedoch vorübergehend ausgesetzt werden.

#### **Jeder Dritte für Kompromiss mit Weiternutzung von Atomkraft**

36 Prozent der Deutschen sprechen sich für ein bedingungsloses Aussetzen der Schuldenbremse aus. Drei von zehn Befragten (29%) würden ein Aussetzen nur dann bevorzugen, wenn gleichzeitig eine über den geplanten Atomausstieg hinweg reichende Weiternutzung der Atomenergie erfolgen würde, die weitere Preissenkungen ermöglichen könnte. Eine solche Alternative könnte einen interessanten Kompromiss für die sowohl bei der Schuldenbremse als auch beim Atomausstieg uneinige Ampelkoalition darstellen.

Unter denjenigen Befragten, die weiterhin an der Schuldenbremse festhalten wollen, überwiegt der Anteil derer, die diese Entscheidung vor allem mit dem Grundsatz der Generationengerechtigkeit begründen. Etwa jeder fünfte Deutsche (22%) ist der Ansicht, dass eine finanzielle Belastung zukünftiger Generationen unbedingt verhindert werden sollte. Nur 13 Prozent geben an, dass die Schuldenbremse deshalb nicht ausgesetzt werden sollte, weil eine Entlastung bei den Energiepreisen den Anreiz dafür verringern könnte,

## PRESSE-INFORMATION

Klimaschädliche Energie einzusparen.

### **SPD- und Linken-Wähler mehrheitlich für Schuldenbremsen-Aus**

Unter den Anhängern der unterschiedlichen Parteien sprechen sich vor allem SPD- (52%) und Linken-Wähler (50%) dafür aus, dass die Schuldenbremse bedingungslos ausgesetzt werden sollte. Befürworter von CDU/CSU (29%) und AfD (21%) drücken bei dieser Aussage unter allen Parteien die geringste Zustimmung aus. Die Option eines Aussetzens der Schuldenbremse in Kombination mit der Weiternutzung von Atomkraft bevorzugt dagegen fast die Hälfte der AfD-Anhänger (46%). Und auch unter den Unterstützern der Union findet dieser Vorschlag bei mehr als jedem Dritten (37%) Anklang. SPD- (11%) und Grünen-Wähler (18%) stimmen dieser Option am seltensten zu.

### **Festhalten an Schuldenbremse findet parteiübergreifend Ablehnung**

Obwohl sich parteiübergreifend nur eine Minderheit für ein Festhalten an der Schuldenbremse zur Vermeidung finanzieller Belastungen für künftige Generationen ausspricht, sticht heraus, dass dieses Argument unter Anhängern von SPD (28%) und Grünen (26%) etwas mehr Zuspruch findet als bei den Unterstützern der übrigen Bundestagsparteien. Das Festhalten an der Schuldenbremse zur Verhinderung einer Senkung von Energiepreisen, die möglicherweise klimaschädigende Konsequenzen haben könnte, wird über alle Parteigrenzen hinweg – selbst unter den Wählern der Grünen – weitgehend abgelehnt.

### **Ältere eindeutig für Ende der Schuldenbremse, Jüngere gespalten**

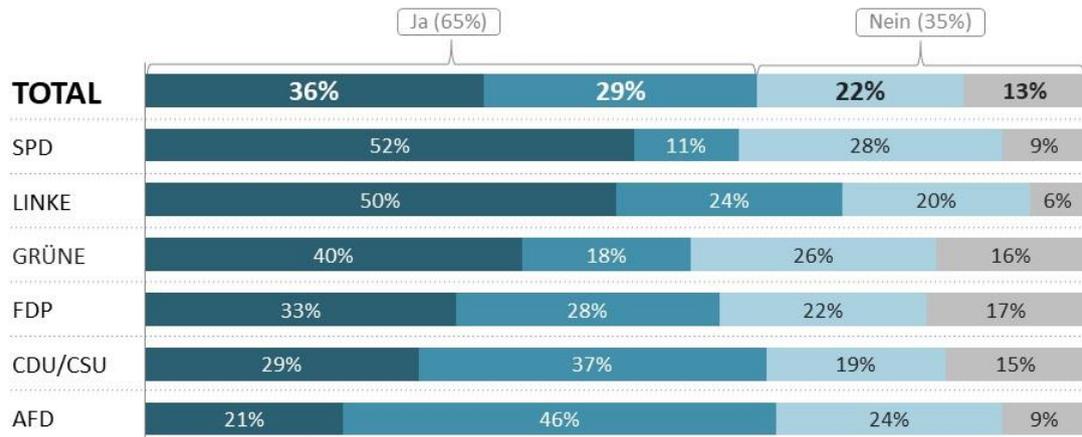
Während sich die jüngere Generation der 18 bis 39-Jährigen relativ gespalten zeigt und einem Aussetzen der Schuldenbremse zu 55 Prozent positiv und zu 45 Prozent negativ gegenübersteht, spricht sich unter den 60 bis 75-Jährigen ein Großteil der Befragten (76%) dafür aus, dass die Schuldenbremse ausgesetzt wird.

# PRESSE-INFORMATION

## Parteiübergreifende Mehrheit für Aussetzen der Schuldenbremse

„Im Grundgesetz gibt es eine Schuldenbremse, die es der Bundesregierung weitgehend verbietet, den Staat zu verschulden. In Krisensituationen kann diese jedoch durch den Bundestag ausgesetzt werden. Was meinen Sie, sollte die Regierung die Schuldenbremse aussetzen und Kredite aufnehmen, um Bevölkerung und Wirtschaft bei den gestiegenen Energiekosten finanziell zu entlasten?“

- Ja, die Schuldenbremse sollte zum staatlichen Absenken der hohen Energiekosten ausgesetzt werden
- Ja, zusätzlich sollten dann aber Preissenkungen auch durch Weiternutzung der Atomkraft erfolgen
- Nein, die Schuldenbremse sollte bleiben, um künftige Generationen nicht finanziell zu belasten
- Nein, Entlastungen bei Energiepreisen verringern den Anreiz, klimaschädliche Energie einzusparen



Quotierte Online-Befragung von 1.000 Wahlberechtigten zwischen 18 und 75 Jahren in Deutschland, repräsentativ gewichtet nach Alter, Geschlecht, Bildung, Region und Wahlverhalten bei Bundestagswahl. Nicht einbezogen: „Weißt nicht“ und „Keine Angabe“ (11%). Feldzeit: 05. bis 08. August 2022.



### Methode

Quotierte Online-Befragung von 1.000 Wahlberechtigten zwischen 18 und 75 Jahren in Deutschland, repräsentativ gewichtet nach Alter, Geschlecht, Bildung, Region und Wahlverhalten bei der letzten Bundestagswahl. Die Befragung wurde zwischen dem 05. und 08. August 2022 durchgeführt.

### Ipsos

Ipsos ist die Nummer 3 weltweit in der Marktforschungsbranche mit mehr als 18.000 Mitarbeitenden und starker Präsenz in 90 Ländern.

Unsere Forschungsexperten, Analysten und Wissenschaftler verfügen über das

Ipsos GmbH  
Sachsenstraße 6  
20097 Hamburg

Kontakt: Gudrun Witt,  
Manager Communications  
E-mail: [gudrun.witt@ipsos.com](mailto:gudrun.witt@ipsos.com)  
Phone: +49 40 80096 4179

GAME CHANGERS



## PRESSE-INFORMATION

breite Know-how von Multi-Spezialisten, das tiefe Insights in Handlungen, Meinungen und Motivationen von Bürgern, Konsumenten, Patienten, Käufern oder Mitarbeitenden ermöglicht. Wir haben die große Bandbreite unserer Lösungsansätze in 18 Service Lines zusammengefasst und unterstützen damit über 5.000 Kunden weltweit.

1975 in Paris gegründet, wird Ipsos bis heute von Forschern geführt. In Deutschland sind wir mit ca. 600 Mitarbeitenden an fünf Standorten präsent: Hamburg, Berlin, Frankfurt, Nürnberg und München.

Ipsos ist seit dem 1. Juli 1999 an der Euronext in Paris notiert. Das Unternehmen ist Teil des SBF 120 und des Mid-60 Index und hat Anspruch auf den Deferred Settlement Service (SRD).  
ISIN code FR0000073298, Reuters ISOS.PA, Bloomberg IPS:FP

[www.ipsos.de](http://www.ipsos.de) | [www.ipsos.com](http://www.ipsos.com)

### **Kontakt:**

Dr. Johannes Kaiser  
Ipsos Politik- und Sozialforschung  
[johannes.kaiser@ipsos.com](mailto:johannes.kaiser@ipsos.com)  
Fon: +49 30 3030645 7250

### **Auszug aus dem Fragebogen:**

***Im Grundgesetz gibt es eine Schuldenbremse, die es der Bundesregierung weitgehend verbietet, den Staat zu verschulden. In Krisensituationen kann die Schuldenbremse jedoch durch den Bundestag ausgesetzt werden. Was meinen Sie, sollte die Regierung die Schuldenbremse aussetzen und Kredite aufnehmen, um Bevölkerung und Wirtschaft bei den gestiegenen Energiekosten finanziell zu entlasten?***

- (1) Nein, die Schuldenbremse sollte bleiben, um künftige Generationen nicht finanziell zu belasten
- (2) Nein, Entlastungen bei Energiepreisen verringern den Anreiz, klimaschädliche Energie einzusparen

## PRESSE-INFORMATION

- (3) Ja, die Schuldenbremse sollte zum staatlichen Absenken der hohen Energiekosten ausgesetzt werden
- (4) Ja, zusätzlich sollten dann aber Preissenkungen auch durch Weiternutzung der Atomkraft erfolgen
- (98) Weiß nicht
- (99) Keine Angabe

***Angenommen, Sie würden teilnehmen, welche Partei würden Sie wählen, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre?***

*Gemeint ist die Zweitstimme, also die Stimme, die über die Stärke der Parteien im Bundestag entscheidet.*

- (1) SPD
- (2) CDU
- (3) CSU
- (4) Bündnis 90/Die Grünen
- (5) FDP
- (6) AfD – Alternative für Deutschland
- (7) Die Linke
- (8) Andere Partei, und zwar:
- (95) Würde ungültig wählen
- (96) Würde keine Zweitstimme abgeben
- (98) Weiß nicht
- (99) Keine Angabe